

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 285. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe
Donnerstag, 20. Juni 1912.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telefon 155 u. 156; Nebentelefon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernauer Straße 30.
Telefon Am Scharfstr. Nr. 6291.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Volkskraft in Stadt und Land.

Seit geraumer Zeit erregt es die ernstesten Bedenken unserer Volkswirte, daß unsere Geburtsziffer seit der Jahrhundertwende anhaltend und verhältnismäßig schnell im Sinken begriffen ist. Diese Bedenken haben neue Nahrung erhalten durch den kürzlich erschienenen Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staate für das Jahr 1910: eine Verfallskurve, die alljährlich erleidet und der Medizinallotrie des Ministeriums des Innern bekräftigt und herausgehoben wird. Danach betrug die Geburtsziffer im Jahre 1901 noch 36,92 pro Tausend der gesamten Einwohnerzahl. Bis zum Jahre 1906 sank sie mit einigen Schwankungen auf 34,00 v. T. und entwickelte sich sodann in den folgenden vier Jahren folgendermaßen: 32,23, 32,99, 32,00 und schließlich 1910: 30,83.

In den beiden letzten Jahren hat das Sinken also einen fast sprunghaften Charakter angenommen. Kein Mechaniker betrachtet bereit sich dies Sinken auf Stadt und Land ziemlich gleichmäßig; dringt man aber tiefer ein und sucht den Kern des Problems bloßzulegen, so erkennt man immer, daß nicht nur dies Sinken in den Großstädten viel stärker ist, sondern daß hier bzw. in dem rasanten Tempo der Großstadtentwicklung die eigentliche Wurzel des Übels zu suchen ist. Zunächst wird die Geburtsziffer des städtischen Anteils dadurch gesenkt, daß ihm auch alle diejenigen landwirtschaftlichen beigezählt sind, in denen Lebensbedingungen, Lebensanschauungen und Gesundheitszustand denjenigen des ländlichen Landes jedenfalls ähnlicher sind, wie den Großstädten. Ferner erhöhen die meisten Groß- und Mittelstädte ihren Geburtenreichtum auf Kosten des ländlichen Landes von Jahr zu Jahr dadurch, daß sie diesem eine erhebliche Anzahl von Leuten meist gerade im geburtenreichsten Alter entziehen. Trotzdem sinkt die Geburtsziffer fast aller Großstädte immer noch gewaltig unter dem Durchschnitt. Wie angegeben, war die Durchschnittsziffer der Geburten für den ganzen Staat im Jahre 1909 genau 32 vom Tausend. (Für 1910 liegen die Angaben erst im ganzen, nicht im einzelnen vor.) Sinegenen betrug in diesem Jahre die Geburtsziffer in Berlin nur 23,3, in Charlottenburg 21,3, in Wilhelmsdorf und Schöneberg nur je 19,00 und in Potsdam sogar nur 17,8. Lediglich das protestantische Nordort, das seinen Zusatz überwiegend nicht von Berlin, sondern vom Lande bekommt, nähert sich mit 30,3 v. T. einigermaßen dem Durchschnitt. Von anderen Großstädten seien nur erwähnt Magdeburg und Frankfurt a. M., mit je 26, Hannover mit 23,20, Wiesbaden mit 21,4 v. T. v. m. Von den Großstädten alten Adlats erreicht den Landesdurchschnitt kaum eine einzige. Wenn nun trotzdem die Gesamtheit der Städte hinter dem Durchschnitt nicht allzuweit zurückbleibt, so liegt das außer den bereits besprochenen Gründen weiter noch namentlich daran, daß es eine noch Einwohnerzahl bedeutende, in ihrem Wesen scharf umgrenzte Gruppe von ganz neuen Großstädten gibt, in denen die Geburtsziffer nicht nur die normale, sondern eine weit darüber hinausgehende Höhe erreicht. Es sind diesmal hauptsächlich Samborn (Mhd.) 54,6 v. T., Vorbeck (Mhd.), Gelsenkirchen und Königsluisen (C.-Sd.) je 48, Oberhausen (Mhd.) 46, Rodum 41, Dinslaken 40, Dortmund 38 und Essen 36. Warum? Weil diese Großstädte in denjenigen Altersklassen, die für Geburten in Betracht kommen, nur zum allergeringsten Teile aus Großstädtern, hingegen ganz überwiegend aus Zuwanderern vom Lande bestehen. Würde man diese Gruppe von Großstädten sowie die kleinen Landstädte von der städtischen auf die ländliche Seite hinüberrechnen, was sinngemäß richtig wäre, statistisch aber nicht geht, da die Statistik ihre Feststellungen eben nur nach bestimmten äußeren Merkmalen machen kann, so würde sich für die städtische Seite ein gewaltiges Zuwenig und für die ländliche das entsprechende Zuviel ergeben.

Nach gelegentlich ist dieser Vorgang nachweisbar. Berlin hatte Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre nur eine Geburtsziffer von über 40 v. T., jetzt, wie angegeben, nicht viel mehr als die Hälfte. Darnach bestand es eben noch überwiegend aus „Provinzler“, wie der Berliner so schön sagt, heute aus wirklichen Berlinern. Die Folgen davon sieht eben die Statistik. Und wenn die Berliner Vororte eine noch geringere Geburtenanzahl aufweisen, so liegt das eben daran, weil sie zum großen Teil aus ausgewanderten Berlinern bestehen.

Diese Wahrheiten lassen gleichzeitig auch den auf die Dauer einzig möglichen Weg zur Abhilfe erkennen: Erhaltung eines genügend breiten und fröhlichen ländlichen Fundaments für das ganze Staatsgebäude. Eine schnellere Erschöpfung der Volkskraft in den Großstädten ist nun einmal trotz aller hygienischen und sozialpolitischen sogenannten und wirklichen Fortschritte unvermeidlich. Neuerdings bricht nun viel von Vesperung der großstädtlichen Wohnungsverhältnisse, Gartenliebhaberbewegung und dergleichen. Das sind an und für sich gewiß schöne und erfreuenswerte Dinge, die Geburtsziffer vermögen sie aber nicht zu heben. Das beweist zur Genüge der Umstand, daß gerade die wohlhabendsten, gesündesten, bestgebauten und gartenreichsten Städte, z. B. Mühlentor, Bismarcken, Karlsruher, Darmstadt, Götting um die geringsten Geburtsziffern haben. Die Endurkunde der ganzen Erscheinung ist doch wohl der

Malthusianismus (gemollte Bekämpfung der Kinderzahl). Und auch dieser wird am besten dadurch bekämpft, daß die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse unserer Landbevölkerung eine hinreichende Ertragsmäßigkeit zuweisen, was auf die Dauer dann auch ihre absolute Zahl und ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung in genügender Höhe erhalten wird. Bleibt dieses Glückswort gemährt, so kann der vom Lande kommende Gedanke, auf natürlichen Empfindungen beruhende Geist, auch in moralischer Beziehung, wenigstens mit der sich städtischen Leben einwirken; tritt aber die Landbevölkerung an Zahl, Ertragsmäßigkeit und wirtschaftlicher Kraft immer mehr hinter der städtischen zurück, so muß schließlich auch der von dieser kommende Aufstiegsstoff die gesunden Anschauungen der erteren in Mitleidenschaft ziehen. Darum: Kein Raubbau mit unserer Volkskraft und Geburtenhaltung ihrer Grundlagen.

Oesterreich-Ungarns Stellung zum Deutschen Reiche.

In österreichischen Abgeordnetenhaus vertrieb der Reichstatter Dr. S. in der Einleitung der Verhandlungen über die Wehrvorlage darauf, daß Oesterreich-Ungarn im Jahre 1914, in welchem das Gesetz in Wirksamkeit treten werde, vor der Erneuerung seiner Bündnisverträge stehen werde, also vor hochpolitischen Aktionen, bei welchen nicht bloß die Sympathien und Antipathien, sondern in erster Linie die realen Grundzüge der Wehrmacht in den einzelnen Staaten eine große Rolle spielen würden.

Dr. Redner, gewis nicht daran, daß auch im Jahre 1914 ebenso wie heute in Oesterreich-Ungarn die Meinung aller sein werde, daß die Sicherheit des Staates nur an der Seite des Deutschen Reiches verbürgt sei. Die Lebensnotwendigkeiten der beiden Staaten zwingen aber schon heute zu einer entsprechenden Ausgestaltung der Wehrmacht. Während dies in Deutschland mit Vornehmheit und Selbstverständlichkeit geschehen ist, wie vor große politische Aktionen immer zu geschehen pflegen, könne dies hier zum Teil nur unter schweren Erschütterungen und großen Schmerzen geschehen. Dr. Reichstatter empfahl, in die Beratung einzutreten. Abg. Dr. Groß erklärte, der Deutsche Nationalverband werde mit Rücksicht auf die in der Vorlage enthaltenen Einzelbestimmungen für die Rolle Oesterreich-Ungarns, die durch sie die Armeen sehr gefährdet und gefährigt und andererseits der Bevölkerung zahlreiche Erschwerungen und die zweijährige Dienstzeit gewährt würden. Gange genug sei die notwendige Einwirkung der Arme hinausgehoben worden, hauptsächlich infolge der Verwundungen in der ersten Weltkriegsperiode, so lange sich, als das noch lange gegögert werden konnte. Aber nicht allein aus dem Selbstschutungsbedürfnis müßte für die Entwicklung des Heeres Vorbehalten getroffen werden; es sei auch dem Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, gegenüber in dieser Beziehung eine Bündnis- und Dankespflicht zu erfüllen, weil wir nicht Anspruch erheben können, Bundesgenosse eines so starken Meeres zu sein, wenn wir nicht danach trachten, die gleiche Arbeit, die es zur Verfügung hat, in zur Verfügung zu stellen. Wir haben eine Dankspflicht abzutragen für die letzte kräftige Unterstützung, die uns das Deutsche Reich und sein Kaiser in schweren Tagen gewährt haben. (Leb. Beifall.)

Der italienisch-türkische Krieg.

Italien und die Dreibrundfrage.

„Popolo Romano“ beschäftigt sich mit dem Hinweise des römischen Korrespondenten der „Times“ auf die bisherigen Bemerkungen Italiens mit Frankreich und England und England bezüglich des Mittelmeeres und den Schlussfolgerungen des Korrespondenten, daß auch fünftina eine Kooperation Italiens mit Frankreich und England in Mittelmeer nicht ausgeschlossen sei. Das Blatt erklärt, solange es sich wie bisher um Annahmen mit befreundeten Mächten über spezielle Fragen handle, die nicht das Wesen und den Geist des Dreibrundes und die aus dem Vertrage entstehenden Verpflichtungen betreffen, sei der Weg immer noch offen. Was darüber hinausgehe, wäre eine Verletzung der Loyalität und des Vertrauens, auf dem Bündnisverträge beruhen.

Die Deckung der türkischen Kriegsausgaben.

Der Gesamtvertrag der beschlossenen türkischen Kriegsausgaben wird auf 2050 000 000 Pfund geschätzt. Das Ministerium hofft, dadurch die Kriegsausgaben decken zu können.

Marokko.

Zu den französisch-spanischen Marokkoverhandlungen wird aus Madrid gemeldet, daß auch in der Frage über die Stellung Tangers Schwierigkeiten aufgetaucht seien. Die spanische Regierung erhebe jetzt den Anspruch, daß die internationale Konferenz Tangers unter die Befugnisse des Vertreters des Sultans für die iberische Zone gestellt werde, und daß dieser auch die Vorkommnisse einzuklären habe. Ferner verlange das spanische Kabinett, daß das neutrale Gebiet um Tanger herum zugunsten der iberischen Zone auf ein Mindestmaß beschränkt werde. Auch bezüglich des Gebiets von Tint, ferner in der Eisenbahn-

frage, in der Soffrage und wegen der Stellung der iberischen französischer Wünsche fordere Spanien mehr als bisher. Die Soffnungen, die die Verhandlungen einen raschen Verlauf nehmen werden, seien nimmehr vollständig geschwunden.

„Sultan von Agadir“.

Nach einer Mitternachtsmeldung aus Mogador ist der Präsident des Susgebietes, Siba, zum Sultan von Agadir ausgerufen worden.

Aus Fez

wird gemeldet, daß das Lager der Kolonne des Generals Gouraud in einem Tale von zahlreichen Marokkanern angegriffen worden ist. Die Angreifer wurden in die Flucht geschlagen, aber Franzosen hatten acht Tote und etwa 2000 Mann Gefangene. Auch eine auf dem Marokko befindliche Abteilung dieser Kolonne wurde von Marokkanern angegriffen, wobei sie zwölf Vermundete hatte.

Deutsches Reich.

Der Kaiser vor Kiel. Seine Majestät der Kaiser hörte auf der Fahrt durch den Kaiser Wilhelm-Kanal die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Staatsrats v. Valentini, und des Chefs des Marinekabinetts, Admirals v. Müller. Außer den genannten Herren meldete sich nach dem Festreden der „Sobenzollern“ auch Prinz Adalbert bei dem Kaiser. Alsdann machte der Kaiser Besuche bei dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, bei dem Flottenchef und auf den Geschwaderflaggschiffen. Der Reichskriegsmarinechef und in seiner Begleitung Oberleutnant Freiherr v. Solf traf am Mittwoch um 6 Uhr 33 Minuten in Kiel ein und nahm auf der „Sobenzollern“ Abschied von Prinz Adalbert, der ebenfalls in Kiel eingetroffen und hat sich an Bord der „Aduna“ begeben. Um 8 Uhr war v. Benckendorf bei seiner Majestät an Bord der „Sobenzollern“.

Der Kaiser und die „Titanic“-Katastrophe. Aus Hamburg wird gemeldet: Seine Majestät der Kaiser hatte am Dienstag auf dem Dampfer „Victoria Luise“ nach dem Tiner eine lange Unterredung mit dem früheren Chefkonstrukteur der britischen Marine, Sir William White, und mit dem Erbauer der „Titanic“, Lord Pirrie, über die aus der Katastrophe der „Titanic“ für die Schiffahrt zu ziehenden Konsequenzen.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind im Automobil in Kiel eingetroffen und haben beim Prinzen Adalbert Wohnung genommen.

Der bayerische Ministerpräsident Freiherr von Hertling, der Mittwoch mittag kurz nach 12 Uhr in Begleitung des bayerischen Gesandten Grafen von Mos in Karlsruhe eingetroffen ist, wurde abends vom Großherzog in Audienz empfangen. Im Reichsboten fand im Schloß eine Tafel statt. Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge hat der Großherzog dem Freiherrn von Hertling das Großkreuz des Ordens Vertholds des Ersten verliehen.

Dr. Solf in Swaoamund. Der Staatssekretär des deutschen Reichsfolienamts, Dr. Solf, ist in Swaoamund eingetroffen.

Kreisbahndirektoren im Hauptamt. Seitens der preussischen Untertugendverwaltung werden auch in nächsten Staatsbahndirektoren eine Anzahl neuer hauptamtlicher Kreisbahndirektoren in Ansehung der in verschiedenen Reichsbahndirektionsbezirken sich findenden Geschäftsführer berufen, daß ihre Erziehung im Nebemamte nicht mehr durchzuführen ist.

Steuerdemagogie. Die „Konst. Cour.“ schreibt: Was nie ist der Unfug, Steuerfragen in demagogischen Sinne auszunutzen, so verbreitet gewesen, wie in den letzten Jahren. Selbst früher die Sozialdemokratie in der Hauptstadt von diesem billigen Agitationsstoff, so hat sich seit der Begründung des Reichsbundes auch die bürgerliche Linke seiner bemächtigt und im letzten Wahlkampf mit demotischem „Erfolg“ ausgenutzt. Schemer soll nun dieses Spiel lustig weitergehen. Will welcher Unschicklichkeit dieser Kampf geführt wird, erhellt aus der Schwärzung der Linke in der Beurteilung der sogenannten „Liebesgabe“. Vor dem Wahlkampf war die „Liebesgabe“ das beliebteste Schmiermittel gegen die Wähler der Rechten, jetzt ist ihre Aufhebung nun eine Verewaltung der Sozialdemokratie. Am 26. März erklärte der Reichsbund, daß die Aufhebung der Liebesgabe zu begünstigen ist; etwa vierzehn Tage später beschloß der Verband ländlicher Industrieller in Dresden auf Anrufen seines Bundesrats Dr. Griesemann, der einer der Hauptträger des Reichsbundes und jetzt aus dessen Reichsbund getreten ist, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung auszusprechen. Der ganze Kampf gegen die Liebesgabe ist also nichts als ein demagogisches Agitationsmittel gewesen, um die Rechte in Mißkredit zu bringen.

Will welcher Oberflächlichkeit die Linke ihre Agitationsmittel heranzieht, geht wieder einmal schlagend hervor aus der Stellungnahme des Reichsbundes zu der „Zukunft“ u. s. w. In Nr. 21 seiner Beilage ist befristet er sich in einem Aufsatz mit der „geradezu unheimlichen Steuererhöhung“ und erklärt, alles aufzuheben zu wollen, daß diese Steuer im Interesse von Industrie und Landwirtschaft von 14 Mt. auf 10 Mt. herabgesetzt würde. Dieser Aufsatz ist zweifellos vielfach abgedruckt worden, und in allen Volksersammlungen wird man das Wort des wohlmeinenden Reichsbundes finden, der dem kleinen Mann billigen Zunder verschaffen will.

Will der Reichsbund im Ernste den Sozialisten das Recht bezeugen, so hätte er sich nur an eine andere Adresse wenden sollen. Denn in Wirklichkeit hängt der Preis des Zunders nicht

18.
1445
1446
1447
1448
1449
1450
1451
1452
1453
1454
1455
1456
1457
1458
1459
1460
1461
1462
1463
1464
1465
1466
1467
1468
1469
1470
1471
1472
1473
1474
1475
1476
1477
1478
1479
1480
1481
1482
1483
1484
1485
1486
1487
1488
1489
1490
1491
1492
1493
1494
1495
1496
1497
1498
1499
1500

von den 2 Pfennigen Steuern pro Fund ab, um die geplante Erhebung den Zuder verbilligen würde, sondern lediglich von der Spekulation. Der „Gordian“, Beiführer für die Staatsoberhäupter und die Hauptanliegen, führt in Nr. 411 das Näherste aus, daß die Abkehr der Zuderpreise für den Konsum wird, desto größer die Macht der Spekulation wird. — Gemeint ist hier nicht die Spekulation von Fachhändlern, sondern von sogenannten Außenleitern. Diese Zuder haben mit dem Zuder sonst gar nichts zu tun, sie treiben sich lediglich mit dem Konsum ab. Je niedriger nun der Zuderpreis ist, um so größer können diese Spekulanten mit Gewinn handeln. Der „Gordian“ führt folgende Beispiele an: Bei 50 000 M. auf Zuder à la hausse legt, der nimmt bei einem Zuderpreis von 30 M. dafür 2500 Zentner an dem Markt; fällt die Steuer um 3 M., der Preis also auf 27 M., dann nimmt er für seine 2500 Zentner 2775 Zentner an dem Markt. — Also, je niedriger der Preis des Zuders wird, desto größer wird die Macht der Spekulanten den Vorräten und Preisen gegenüber.

Die Angelegenheit kommt zu folgendem Beschlusse: Die Spekulation ist in den politischen Parteien gegenüber, die sich im Parlament und im „Reformer“ zusammengefaßt haben, außerordentlich mißtraulich; in diesen Kreisen wird laut geäußert, wenn die Lebensmittelpreise aus natürlichen Ursachen etwas anwachsen. Wenn aber die Spekulation die Preise für Mehl, Zuder, u. d. d. m. in eine Verwirrung bringt, so ist die Spekulation, dann wird in diesen Kreisen in der Regel die Meinung geäußert, daß die Spekulation, wenn es sich um Energie gegen die Spekulation handeln sollte. Bei den nahe Beziehungen zur Börse und deren Stimmungen sollte sich diese Aufgabe nicht allzu schwer fallen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Staat aus diesen Zuständen eine Nutzen hätte, denn er will in eine Vertreibung aus der Zuderinteressenten sein. Noch nie aber ist etwas bekannt geworden, daß der Staat aus diese ungeliebte Zuderpekulation Nutzen gemacht hätte, obwohl die Zuderpreise hierdurch um 10 Pfennige pro Fund sinken würden, während die Steuererhebung volle 5 Pfennige beträgt. Der neue Einrichtungsantrag wird der Zuderpreise ist also nicht als ein neues Glied in der Kette jener Steuerdemagogie, der wir einen Reichstag mit 110 Gegnern verdanken.

Die zur Veranlassung tüchtiger Landwirtschaftlerinnen von der landwirtschaftlichen Verwaltung in Preußen organisierten Wanderverschulungsschulen haben starken Auftrieb gefunden und sich ausgedehnt. Die unermessliche Bedeutung der in den Wanderverschulungsschulen ausgebildeten Mädchen in die Städte in den westlichen und östlichen Gebieten beobachtet worden. Die Landwirtschaftlerinnen werden nun, wie die „Neue politische Correspondenz“ schreibt, dieser Sache ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und mehrere Feststellungen über die Verhältnisse der in den Wanderverschulungsschulen ausgebildeten Schülerinnen annehmen.

Aufhebung der tierärztlichen Hochschule in Stuttgart. In ihrer Sitzung ist die erste württembergische Kammer dem Beschluß der zweiten Kammer auf Aufhebung der tierärztlichen Hochschule zugestimmt. Gegen die Aufhebung stimmten zehn Mitglieder, darunter der Herrg. Abgeordnete von Birtmeyer.

Die Kongress-Kammer-Kommission. Dem „Reformer“ wird aus Wien gemeldet, daß die Arbeiten der deutsch-französischen Konferenz über die Bestimmung der neuen Kongress-Kammergrenze dank des guten Willens und der Methode der ersten Delegierten der beiden Mächte, Gelehrter von der Landen und Gelehrter Country, rasch vorwärts schreiten. Es heißt, daß die Arbeiten in der Hauptsache vor dem 1. Juli beenden möchten.

Zu der Vorstandssitzung des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften am Mittwoch in Köln wurde beschloffen, einen Antrag an die Reichsregierung zu stellen, die schaffensgesetz im Hinblick auf den im Herbst abzuwickelnden ordentlichen Kongress nicht einzubringen. Es wurde festgesetzt, daß zu Veränderungen an den Grundgesetzen und der Praxis der deutschen Gewerkschaften keinerlei Veranlassung vorliegt.

Sozialdemokratische Annahmen. Bei der Beratung der zweiten württembergischen Kammer über den sozialdemokratischen Antrag betr. Aufhebung der württembergischen Gewerkschaften an den Hohen deutscher Bundesstaaten erklärte Herr (Soz.), mit der Verwirklichung Preussens hänge eine gewisse Rücksichtslosigkeit den anderen Staaten gegenüber zusammen. Der Ministerpräsident erwiderte, er wisse den Vorwurf nicht zu entscheiden zurück. Er müsse die lokale Haltung des Reichstages immer wieder anerkennen, denn er habe nicht Gelegenheit, die Haltung zu kontrollieren. Er bitte, ihm, dem Ministerpräsidenten, mehr glauben als den parteipolitisch beeinflussten Ausführungen des sozialdemokratischen Redners.

Ausland.

Die parlamentarische Lage in Oesterreich.

Minister Seinoold wurde Mittwoch vormittag vom Kaiser Franz Josef in Audienz empfangen. Der Minister erklärte, daß es sich um die Angelegenheit des Reichstages, ist auch Minister Dlugosz zum Kaiser erschienen.

Der Reichstag nahm eine Resolution an, in der es heißt, der Reichstag hat das Vertrauen zum Kaiser des Ministeriums, Freiherrn v. Seinoold, verloren und bricht die Beziehungen zu ihm ab. Der Reichstag hat volles Vertrauen zu den Ministern Dlugosz und Jaleski.

Weiter meldet die Wiener „Neue Freie Presse“: Der Kaiser hat die Demission des galizischen Ministers Dlugosz nicht angenommen. Dlugosz und der Obmann des Reichstages verhandeln gegenwärtig über die Feststellung der Tages, der über die Audienz veröffentlicht werden soll. Es ist eine Vermittlungsaktion zwischen dem Minister des Innern v. Seinoold und dem Reichstag geplant. Falls die Aktion mißlingt, besteht nach wie vor die Möglichkeit einer Demission des Gesamtministeriums.

Später wird uns noch aus Wien gemeldet: Mittwoch mittag fand bei dem erkrankten Ministerpräsidenten Grafen Scharf eine Konferenz statt, an welcher der Minister des Innern v. Seinoold, die beiden galizischen Minister und der Obmann des Reichstages, Las, teilnahmen. Die Konferenz hatte den Zweck, die Beilegung des Konflikts zwischen dem Reichstag und dem Minister des Innern herbeizuführen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Konferenz sei ergebnislos verlaufen. Infolgedessen nimmt man an, daß die Regierung die Gesetze in Million überreichen wird.

Bei Meditationschluss wird uns noch aus Wien gemeldet: Die Bemühungen der zwischen dem Minister Freiherrn von Seinoold und dem Reichstag bestehenden Konflikt beizulegen, sind Mittwoch nachmittag wieder aufgenommen worden. Abends hielt die parlamentarische Kommission des Reichstages in Gegenwart des politischen Ministers eine Konferenz ab. In parlamentarischen Kreisen verlautet,

daß, obwohl noch Schwierigkeiten bestehen, eine befriedigende Lösung des Konfliktes erwartet werde.

Die parlamentarische Lage in Ungarn.

Die ungarische Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf vorgelegt, wonach Abgeordnete, die vom Präsidenten ausgerufen sind, trotzdem im Sitzungssaal erscheinen und der Ausübung, sich zu enthalten, nicht folgen, ihres Mandats verlustig erklärt werden und die Wahlfähigkeit für die laufende Legislaturperiode verlieren. Die Vorlage wird erst in der Herbstsession im Rahmen behandelt werden. Gleichzeitig wurde dem Hause ein Entwurf vorgelegt, der die Stärke des Reichstages um die Hälfte herabzusetzen und die Zahl der Abgeordneten auf 17 500 Mann festsetzt und eine entsprechende Anzahl Ersatzkreise vorschlägt.

Das russische Kriegsschiffprogramm.

Auf der Tagesordnung der russischen Reichskammer am 19. c. stand die Gesetzesvorlage betreffend das Schiffbauprogramm für 1912 bis 1916. Der Referent der Kommission für Landesverteidigung, Schostakowitsch, erklärte, die geforderten 205 Millionen seien für folgenden Bedarf notwendig:

Für den Bau einer Kriegsschiffe 302 Millionen; diese Flotte soll umfassen: vier Panzerkreuzer mit Gesamttonnen von 182 Millionen, acht leichte Kreuzer, davon drei für das Baltische Meer, zwei für das Schwarze Meer und zwei für die Stillen Ozean, ferner 36 Torpedobootsabwehrer für die Baltische Flotte mit einem Kostenaufwand von 92 Millionen, achtzehn Unterseeboote, davon zwölf für die Baltische Flotte, sechs für die Südkaukasienflotte, mit einem Kostenaufwand von 39 Millionen, außerdem seien erforderlich: 64000 Rubel für Hilfschiffe, 13183000 Rubel für schwimmende Feuerstellungen, 70 000 000 Rubel für den Ausbau der Häfen Reval, Kronstadt, Sewastopol, Nikolajew und Wladivostok. Der gesamte Hofbau erfordert 112 Millionen und 1923 abgeschlossen sein. Von den für das bestehende Programm geforderten 70 000 000 Rubel entfallen vierzig Millionen auf den Hofbau von Reval, außerdem sind für Erweiterungen und Vervollständigungen der bestehenden und der künftigen Admiralitäts-Schiffswerften 10 654 000 Rubel erforderlich.

Tafel oder Roosevelt?

Der Konvent in Chicago wird sich bis Freitag, wo die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten erfolgt, mit Vorberathungen beschäftigen.

Am Freitag Mittwoch wurde der Konvent mit einer Debatte über den Antrag des Gouverneurs Hobbs, Missouri, eröffnet. Hobbs erklärte, daß die Frage mehr als irgendeine Kandidatur bedeute, da sie die Existenz der republikanischen Partei in sich fassete. Er trat mit Nachdruck dafür ein, daß die Delegierten der Republik angeschlossen werden, über den Antrag aus dem Grunde nicht abstimmen sollten, weil niemand in eigener Sache Richter sein dürfe. Weitere Reden dafür und dagegen folgten, die zeitweilig Unruhe hervorriefen. Roosevelt und die hauptsächlichsten seiner Anhänger haben erklärt, sie würden eine Session unter keinen Umständen aufheben.

Die Luftschiffahrt.

Die Sielke Flugwoche.

Der vierte Flugtag Mittwoch war von herrlichem Wetter begünstigt. Die Gäste trafen schon früh Nachmittag auf und bekehrten ihre Flüge bis über die Stadt und den Kriegshafen aus, überall vom Publikum freudig begrüßt. Sielke führte einen prächtigen Höhenflug mit einem Anstieg aus, wobei er mit seiner Komplettaue eine Höhe von 2500 Metern erreichte. Eine ganz vorzügliche Leistung, wofür er am Mittwoch der Flieger Club der ersten Stelle. Er erreichte eine Höhe von 3250 Metern. Sielke vollführte noch einen zweiten Höhenflug ohne Passagier und erreichte dabei 2000 Meter Höhe. Beide Flüge wurden bei ihrer Landung vom Publikum mit jubelndem Beifall begrüßt.

Wien-Berlin.

Wie aus zweifacher Quelle aus Breslau verlautet, ist bereits für nächsten Sonntag ein Ausflug Wiens in Berlin festgesetzt worden. Wieder soll auf der Flugstraße eine Zwischenlandung in Breslau stattfinden. Veranstalter des Fluges sind: Der A. A. Österreichische Verkehrs- und der Reichsflugverein und die Breslauer Luftfahrtvereine.

Widely verunglückt.

Im Springfeld wird gemeldet: Die Fliegerin Julia Carl, ebenfalls aus London, ist bei einem Übungsflug tödlich verunglückt.

Eine Spur von dem verunglückten Flieger Bagues. Seelenste hat 100 Meilen von der Küste bei Cerbere entfernt, die Trümmer eines Flugapparats aufgefunden. Man glaubt, daß es sich um den Flieger Reutant Bagues handelt, der vor mehreren Monaten der Versuch machte, von Paris nach Korfu zu fliegen und selber verunglückt ist.

Aus Naß und Fern.

Schwere Einsturzkatastrophen. — 4 Menschen tot, 16 verletzt. In Wühl bei Gelmweiler ist ein Gebäude der Firma C. Rogelet (Manufaktur) am gestrigen Mittwoch eingestürzt, wobei drei Männer und eine Frau getötet, neun Personen, darunter zwei schwer, verletzt wurden. Ein Arbeiter befindet sich vermutlich noch unter den Trümmern.

Später werden aus Naß zu der Einsturzkatastrophen noch folgende Einzelheiten gemeldet: Sechzig Arbeiter, die in dem Arbeitergebäude beschäftigt waren, sind unter den Trümmern begraben worden. Tot sind zwei Männer und zwei Frauen, verletzt 16 Personen, darunter zwei oder drei schwer. Mit den Aufräumungsarbeiten ist begonnen worden; die Feuerwehren aus Wühl und Gelmweiler sowie verschiedene Gensdarmen erschienen sofort auf der Unglücksstätte. Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht ermittelt werden.

Der französische Gesandte in Paris ist am Mittwoch aus Fern und Wortzau mit einer geringfügigen Arbeitsentlohnung bei den eingeschriebenen Seelen zu verzeichnen. In Marseille bricht einige Erregung, da das Eintreffen von Seelen von der Kriegsmarine erwartet wird, die die Abfahrt der Rostdampfer sichern sollen. Zu einem Zwischenfall ist es jedoch nicht gekommen. Die Vertreibung der eingeschriebenen Seelen in Marseille hat Mittwoch vormittag eine Tagesordnung angenommen, in der sie festschreibt, alles tun zu wollen, um den Konflikt zu vermeiden, für den sie, falls er doch ausbrechen sollte, die unvermeidliche Haltung der Wehrer verantwortlich machen. — Bei Meditationschluss wird uns noch gemeldet: Die eingeschriebenen Seelen, deren nicht in Fern und Wortzau und Paris. In St. Nazaire ist ein 24stündiger Streik erklärt worden, an dem mehrere hundert eingeschriebene Soldaten und Kohlenarbeiter teilnehmen.

Der englische Transportarbeiterstreik. Mittwoch nachmittag arbeiten nach einer Beilegung der Londoner Hafenbehörde in den dortigen Docks 10 870 Arbeiter auf 134 Schiffen. — Der Ausbruch der Seelen in Southampton ist beendet. Die Seelen kehren beinahe vollständig zur Arbeit zurück.

Verstärktes Wüten einer Windhose. Eine Windhose richtete in Alturawooschub (Kreis Friedberg, Neumark) fürchterliche Verwüstungen an. Ein Gebäude wurde fast vollständig, mehrere Häuser abgedeckt und die Dampfanlage vernichtet. Überall liegen Trümmer verstreut.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Surchbare Eisenbahnkatastrophe bei Leipzig.

Am Mittwochabend kurz nach 1/8 Uhr fuhr in der Nähe von Gäßwitz bei um 7 35 Uhr vom Amering'schen Bahnhof in Leipzig abgehende Personenzug 2466 einem Güterzug in die Klamm. Soweit bisher festgestellt ist, wurden fünf Personen getötet und zwölf bis fünfzehn verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Wie später aus Leipzig gemeldet wird, wurde das Eisenbahnunfall dadurch veranlaßt, daß der Zug Nr. 2466 mit einem von Berna kommenden Personenzug, der das GutsMuths überfahren hatte, zusammenstieß. Unter den Toten befindet sich auch der Aufsichtsführer des Bernaer Zuges. Die Schwerverletzten sind mittels Krankenautos nach Leipzig gebracht worden. In das dortige Krankenhaus sind auch zwei Tote eingeliefert worden. Der Aufsichtsführer des Bernaer Zuges, Erler, und eine unbenannte Frau, ferner 18 mehr oder weniger schwer verletzte Personen.

Bei Meditationschluss wird uns noch gemeldet: Leipzig, 20. Juni. Von den bei dem Eisenbahnunfall bei Gäßwitz Schwerverletzten sind auf dem Transport zwei weitere Verletzte gestorben, so daß die Zahl der Toten jetzt sieben beträgt. Die Namen von sechs Toten sind noch nicht zu ermitteln gewesen.

Kurse zur Ausbildung von Turn- und Spielleitern.

Im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg, worauf wiederholt hingewiesen ist, im Regierungsbezirk Merseburg folgende Kurse zur Ausbildung von Turn- und Spielleitern eingerichtet:

1. In Giesebau vom 24. bis 29. Juni d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Turnhalle beim auf dem Schulplatze der neuen Mädchen-Volkshalle unter Leitung des Lehrers Pöschel in Giesebau.
2. In Halle a. S. vom 24. bis 29. Juni d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Turnhalle beim auf dem Schulplatze der Volkshalle in der Freiwilliger Straße unter Leitung des Lehrers Meyer in Diemitz.
3. In Zörbig vom 24. bis 29. Juni d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Gymnasial-Turnhalle beim Schulplatze unter Leitung des Musikgymnasiallehrers Altmeyer in Zörbig.
4. In Weißenfels vom 24. bis 29. Juni d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in einer vom Magistrat dort noch zu bestimmenden und den Kursteilnehmern mitzuteilenden Turnhalle beim Schulplatze unter Leitung des Lehrers Bergmann in Weißenfels.
5. In Wittenberg vom 12. bis 17. August d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Turnhalle beim auf dem Schulplatze der höheren Mädchen-Volkshalle unter Leitung des Turnlehrers Freund in Halle a. S. und
6. in Zeitz vom 24. bis 29. Juni d. J., nachmittags von 3 bis 7 Uhr in der Turnhalle beim Schulplatze der Oberrealschule unter Leitung des Seminarlehrers Groschel in Raumburg a. S.

Der für Wittenberga in Aussicht genommene Kursus kann wegen zu schwacher Beteiligung nicht stattfinden. Die Teilnehmer zu diesem Kursus sind deshalb auf dem in Zörbig stattfindenden Kursus zugelassen.

Die Teilnehmer werden ersucht, sich am Tage des Beginns der Kurse nachmittags 3 Uhr auf dem betreffenden Schulplatze beim in der Turnhalle beim Leiter des Kursus zu melden. Einmal sind noch Meldebüro können ohne weiteres zugelassen werden.

Der landwirtschaftliche Kreisverein zu Heiligenstadt.

bernannte am Montag eine größere Versammlung in Schemede unter dem Vorsitz des Landrats Dr. von Christian, nach einer Anwesenheit durch die Herren von Siemeredo, Günther und Wengeler, die vor allem der Besichtigung der Wiesen galt, hielt Anstellungsversuche sein von der Landwirtschaftskammer in Halle einen Vortrag über „Wiesenpflege und Viehwirtschaft“, dem eine rege Diskussion folgte. Landrat Dr. von Christian machte mehrere Mitteilungen über die gesamte große landwirtschaftliche Lage in der Provinz Sachsen und die Bedeutung der Viehwirtschaft. Die Rede wurde über so viel Kraft verlesen, daß voraussichtlich die Kreisversammlung werden können. Es solle erzwungen werden, ob es sich empfiehlt, den Kreis Heiligenstadt noch anzuschließen. Zum Schluss folgte eine rege Aussprache über die Schaffung einer Weidengelage bei Güntherode, Verbesserung der Viehwirtschaft, Wiesen bei Heiligenstadt, Durchführung eines erfortherprechenden Vogelzuges, insbesondere Schaffung von Nistgelegenheiten für den Weibechopf.

Die Landtagswahlen im Herzogtum Gotha. Die letzten Meldungen wurden bei den Landtagswahlen gemäß 6 Reichstagsende, 2 Nationalliberale, 2 Freisinnige und 9 Sozialdemokraten.

Verhandlungen, 18. Juni. (Verschiedenes.) Das im Jahre 1874 (bei Weichrode) gelegene Rittergut Wühl ging dieser Tage aus dem Besitz des Barons von Oberstein durch Kauf über in den Besitz des Justizrates Naß aus Döbeln (im Königreich Sachsen), welcher dasselbe sofort übernehmen hat. Der Kaufpreis beträgt 292 000 Mark. — Nach dem gelten bei den Erben für Kausalität die Grundbesitzer der in neuen Stadtmauer der Königreichsstadt Vorhaben bloßgelegt worden war, wurde heute die der Aufsicht der Stadtmauer beauftragt. Beide Stadtmauern befinden sich an mächtigen Gipsblöcken und stammen aus der Zeit von 908 bis 918.

Brandstiftung, 19. Juni. Die großen Wände im Sommer 1911 kamen auf dem hier abgegangenen Verbande des Subannoberschen Feuerwehverbandes die Grundbesitzer der in neuen Stadtmauer der Königreichsstadt Vorhaben bloßgelegt worden war, wurde heute die der Aufsicht der Stadtmauer beauftragt. Beide Stadtmauern befinden sich an mächtigen Gipsblöcken und stammen aus der Zeit von 908 bis 918.

Wissenschaft, Kunst, Theater und Musik. W. Berlin, 19. Juni. Professor Max Liebermann ist aus der hiesigen Kunstdeputation ausgetreten.

